

## Zur Bundestagswahl 2025:

### 10-Punkte-Plan für einen Ausweg aus der Strukturkrise

1. Unternehmen und Verbraucher müssen dringend von überflüssiger Bürokratie entlastet werden. Kurzfristig ist ein Belastungsmoratorium zu erlassen. Dauerhaft ist eine One-In-Two-Out-Regel in Deutschland und Europa einzuführen.
2. Bis zum Frühjahr 2021 konnten Banken ihre AGBs im Wege der Zustimmungsfiktion ändern. Seitdem leiden Bankkunden unter der Reaktionslast bei AGB-Änderungen. Es muss wieder zu einer praktikablen Regelung kommen, die die Zustimmungsfiktion explizit erlaubt.
3. In der Wertpapierberatung wird die Transparenz für Bankkunden durch eine regulatorisch induzierte Informationsflut behindert. Informationsblätter sind oft schwer verständlich und widersprüchlich. Gesetzlich vorgeschriebene Informationsblätter sind daher auf ein Minimum zu vereinfachen und zu reduzieren.
4. Die Versorgung des ländlichen Raums mit Bankfilialen ist uns ein großes Anliegen. Schutzmaßnahmen der Banken gegen kriminelle Attacken können aber nur flankierend sein. Dauerhaft werden Angriffe auf Geldautomaten nur zurückgehen, wenn Straftäter gefasst werden.
5. Kleinere Banken haben ein weniger komplexes Geschäftsmodell als internationale Großbanken und stellen keine potentielle Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität dar. Im Sinne der Proportionalität sollten für sie nicht dieselben Regeln gelten.
6. Der demographische Wandel bringt das Modell des Generationenvertrags an seine Grenzen. Es braucht ein staatlich gefördertes privates Altersvorsorgedepot, auch um die Kapitalmarktkultur in Deutschland zu stärken.
7. Sparkassen und Genossenschaftsbanken verfügen über ein eigenes, funktionierendes Sicherungssystem, das sich seit Jahrzehnten bewährt hat und über die gesetzlich vorgeschriebenen, beträchtlich limitierten Absicherungen hinausgeht. Die Ablösung effizienter nationaler Absicherungsmechanismen zugunsten eines pauschalen EU-Abwicklungsregimes (CMDI-Review) lehnen wir entschieden ab.
8. Die geplante Vergemeinschaftung der EU-Einlagensicherung (EDIS) verstößt elementar gegen deutsche Interessen und ist abzulehnen. Solange kein homogener EU-Bankenmarkt existiert, führen vergemeinschaftete Risiken zu falschen Anreizen und damit zu einer Destabilisierung. In Folge dieser Haftungsgemeinschaft wären die Kreditvergabemöglichkeiten der Kleinbanken eingeschränkt.
9. Die Übererfüllung von europäischen Standards schadet dem deutschen Wirtschaftsstandort massiv. Auf sogenanntes Goldplating ist künftig zu verzichten. Vor allem muss Unternehmen ausreichend Zeit gegeben werden, um EU-Gesetze zu implementieren. Nationale Gesetze, die durch neue EU-Gesetzgebung obsolet werden, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, sind abzuschaffen.
10. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung steigert nicht die Nachhaltigkeit von Firmen. Wir fordern besonders für KMU mehr freiwillige Regelungen und Ausnahmen. Nur so lässt sich Rechtssicherheit und ein fairer Wettbewerb für deutsche Unternehmen garantieren.